

Positionspapier 11/2019

Nachhaltige Finanzwende jetzt!

Der 5-Punkte-Plan „Finanzwende jetzt“ richtet sich mit konkreten politischen Forderungen an die Bundesregierung, darüber hinaus werden aber auch Hebel formuliert, die in den Unternehmen selbst liegen. UnternehmensGrün arbeitet mit seinen Mitgliedsunternehmen, die Expertise in den Bereichen sustainable finance und true cost accounting haben, seit vielen Jahren an Themen wie nachhaltige Finanzwende oder wahre Preise - und bringt diese Themen auch immer wieder in die Öffentlichkeit.

Die Finanzwende ist einer der wichtigsten Hebel für die notwendigen Transformationen von Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Konsum. Denn der Finanzsektor stellt hierfür – begleitet durch politische Rahmensetzungen – die privaten und öffentlichen Gelder bereit.

Zunehmend wird das auch Politik und Unternehmen bewusst. Die EU erarbeitet einen [Aktionsplan für nachhaltiges Finanzwesen](#). Die Bundesregierung hat einen Sustainable Finance Beirat eingesetzt (dort engagieren sich u.a. auch Expert_innen aus dem Kreis von UnternehmensGrün). Der Staatssekretärsausschuss fasste den Beschluss, Deutschland zu einem führenden Standort für sustainable Finance zu machen. Dazu erwarten hier viele Expert_innen der nachhaltigen Finanzwelt in den kommenden Monaten ambitionierte und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) weist neuerdings auf den Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken hin. In einem entsprechenden Merkblatt stellt die BaFin viele ambitionierte Erwartungen und Empfehlungen auf. Auch unternehmenseitig bewegt sich was, zumindest im Rahmen verbaler Ankündigungen des Business Roundtable oder der Value Balancing Alliance. Doch jenseits schöner Worte ist noch nicht genug passiert. Zwar ziehen sich in der Divestment-Bewegung viele Akteure wie der Norwegische Staatsfonds von fossilen Energien zurück – auch, da diese langfristig [finanziell zu risikoreich](#) sind. Aber der Anteil nachhaltiger Anlagen am Investmentmarkt in Deutschland umfasst nach wie vor nur [unter 5%](#).

Wir brauchen künftig ein (Mit)Denken der planetaren Grenzen. Mit Blick auf den Unternehmenszweck muss der Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt Priorität haben, verbunden mit einer neuen Haltung zur Lenkungswirkung des Geldes, gepaart mit größtmöglicher Transparenz. Es bedarf einer Umlenkung der Gelder in nachhaltige Investitionen. Das bedeutet: Weniger selbstbezogene Finanzprodukte, die keinen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Mehr Finanzierung sozial und ökologisch verantwortlicher Unternehmen und Innovationen.

UnternehmensGrün, die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft, hat fünf Forderungen an eine nachhaltige Finanzwende, die unser Finanz- und Wirtschaftssystem zukunftssicher machen.

1. Externe Kosten internalisieren

- Nachhaltigkeit zum Standard machen
- Externe Kosten für Umwelt und Soziales einpreisen
- Wirksame CO₂-Preise festlegen (siehe Empfehlung z.B. PIK)

Nachhaltigkeit muss zum Standard für Unternehmen und Finanzprodukte werden. Dazu muss der Rahmen so gesetzt sein, dass alltägliche Entscheidungen am Finanzmarkt automatisch zur umweltverträglichen Allokation von Arbeit und Kapital führen. Was nachhaltig ist, muss Standard sein. Was nicht nachhaltig ist, muss zusätzliche Kosten verursachen.

Wenn die Preise nicht alle Aspekte des Wirtschaftens abbilden, kann diese Allokation nicht nachhaltig funktionieren. Mit den richtigen politischen Werkzeugen und wahren Preisen (eingepreistem Ressourcenverbrauch) übernimmt der Finanzmarkt diese Lenkungswirkung. Das Mittel dazu ist die Internalisierung aller Kosten: Wahre Preise für Böden, Ressourcen, CO₂-Emissionen und auskömmliche Löhne. Erst wenn Ressourcenverbrauch einen Preis in der unternehmerischen Bilanz erhält, setzen sich nachhaltige Investitionen durch.

Unsere Forderung an die Politik: Setzen Sie Instrumente wie die CO₂-Steuer konsequent für eine Internalisierung externer Kosten ein. Auch für Bodennutzung, Einhaltung von Sozialstandards, Artenschutz etc. sind Rahmensetzungen nötig.

Unsere Forderung an Unternehmen: Schaffen Sie Transparenz über die wahren Kosten, und preisen Sie diese – wo möglich – schon heute freiwillig ein (zum Beispiel auf einem zweiten Preisschild). Führen Sie eine Umweltgesamtkostenrechnung ein, so dass zumindest intern die wahren Kosten bekannt sind. Damit können wir gemeinsam Druck auf die Politik ausüben.

2. Ausbildung und Beratung zukunftssicher gestalten

- Integration von Nachhaltigkeit in die Ausbildung von Banker_innen
- Risiken in klima-schädlichen Anlagen proaktiv kommunizieren

Wer in der Finanzbranche arbeitet, ist für das Geld anderer Menschen verantwortlich. Da die Investition in nicht-nachhaltige Zwecke ökonomische Risiken birgt, muss es die Rolle von Beratung und Banken sein, darauf hinzuweisen. Wissenschaftsbasierte Informationen zu den Auswirkungen unseres Handelns gehören daher in die Ausbildung aller Finanzverantwortlichen. Banker_innen brauchen Kenntnisse über die Chancen nachhaltigen Investments und die Bewertung von Klima- und Umweltrisiken in Anlageentscheidungen.

Unsere Forderung an Unternehmen der Finanzbranche: Die Inhalte einer guten Ausbildung hängen von den Unternehmen ab. Sorgen Sie dafür, dass Ihre Azubis auf die Zukunft vorbereitet sind. Doch nicht nur die: machen Sie auch Ihre Vorstände und Führungskräfte fit in Sachen Sustainable Finance.

Bildung ist ein ganz wichtiger Hebel. Schon in der Schule muss über Chancen und Risiken von Kapitalanlagen gesprochen werden. Gerade betriebs- und volkswirtschaftliche Studiengänge müssen die Lehre ganzheitlicher gestalten und aktuelle Diskurse einbeziehen (Stichwort: Plurale Ökonomie, Postwachstum). Denn hier werden die Grundlagen gelegt, die künftige Entscheider*innen im Finanzmarkt prägen.

Unsere Forderung an die Universitäten: Der ausschließliche Fokus auf den Shareholder-Value darf nicht mehr Kern der Finanzwissenschaft sein. Die Entscheider_innen der Finanzwende von morgen sitzen heute in Ihren Seminaren und arbeiten als Ihre wissenschaftliche Mitarbeiter_innen.

3. Nachhaltigkeitsgrad bei allen Finanzprodukten transparent machen

- Transparenz über den Grad der Nachhaltigkeit bei allen Investment-, Bank- und Versicherungsprodukten herstellen (nicht nur die Produkte in der „Grünen Nische“)
- CO₂-Bilanz, soziale Verantwortung und Naturverbrauch in Unternehmensbewertungen einbeziehen
- Einheitlichkeit in den CSR-Berichten schaffen

Investoren und Anlegerinnen brauchen klare, nachvollziehbare und vergleichbare Informationen darüber, was nachhaltig ist und was nicht. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist komplex. Aber bei der Bewertung von Finanzprodukten müssen relevanten Fragestellungen identifiziert werden, die Nachhaltigkeitsbewertung muss sich weg von einem reinen "Performance"-Rating hin zu einer (Aus-)Wirkungsdebatte entwickeln. Die bereits bestehende CSR-Berichtspflicht muss um nachweisbare und standardisierte Elemente erweitert werden. International anerkannte Normen wie die Rüstungskonventionen und das Klimaschutzabkommen sollten als Maßstab gelten. Diese Informationspflicht muss mittelfristig für die gesamte Lieferkette gelten.

Der EU-Aktionsplan für nachhaltiges Finanzwesen entwickelt erste sinnvolle Kriterien, die eine Geldanlage erfüllen muss, um als ökosozial verträglich oder förderlich zu gelten. Doch bisher ist nur vorgesehen, „grüne“ Anlagen damit zu bewerten. Soll jedoch nicht nur eine grüne Nische reguliert werden, müssen diese Kriterien auch beim klassischen Mainstream sichtbar sein. Nur so lassen sich systemische Änderungen bewirken.

Unsere Forderung an die Politik: Entwickeln Sie die Kriterien für ein nachhaltiges Finanzwesen (siehe EU-Aktionsplan) weiter.

Unsere Forderungen an Unternehmen: Unternehmen, ob aktiennotiert oder nicht, sollten mit gutem Beispiel vorangehen: Jeder Unternehmensbericht braucht eine transparente Übersicht über Nachhaltigkeits-Chancen und -Risiken. Das gilt nicht nur für CO₂-Emissionen, sondern auch für soziale Verantwortung und Naturverbrauch.

4. Öffentliche Investitionen als Vorbild

- Verpflichtende Anlagestandards für öffentliche Gelder (inkl. Transparenzpflicht über die soziale und ökologische (Folge-)Wirkung)
- Proaktives Angebot grüner Fonds mit hohen Standards (für institutionelle Anleger)

Bund und Länder haben eine Vorbildfunktion am Kapitalmarkt. Die Investition öffentlicher Gelder muss daher ökologisch und sozial verträglich sein. Dazu bedarf es klarer Leitlinien, Transparenz über Investitionsobjekte und eine demokratisch legitimierte Mitbestimmung bei der Geldanlage. Aktuell geht der Weltklimarat davon aus, dass Anleger_innen jährlich 400 Milliarden US-Dollar an Investitionen aus zukunftsschädlichen Unternehmen abziehen müssten, um den Klimawandel zu stabilisieren. Öffentliche Institutionen sind hier besonders in der Verantwortung, ihren Teil beizutragen – es geht darum, bisher umwelt- und klimaschädliche Investments in proaktiv nachhaltige Investments umzulenken.

Auch der öffentlich-rechtliche Finanzsektor spielt hier eine wichtige Rolle - die jeweiligen Anteilseigner können massiv Druck machen (z.B. kritische Fonds auslisten).

Unsere Forderung an die Politik: Investieren Sie öffentliche Gelder und Rücklagen ausschließlich in Finanzprodukte, die nicht die Klimaziele von Paris konterkarieren. Den Vorbildern Berlin, Schleswig-Holstein und Hessen sollte auch der Bund folgen.

Unsere Forderung an Unternehmen der Finanzbranche: Geben Sie der öffentlichen Hand einfach und proaktiv die Möglichkeit eines nachhaltigen Investments. Dafür sind transparente und konsequent nachhaltige Fonds nötig. Wer grüne Fonds ausgibt, sollte sich dabei an hohe Qualitätsstandards halten.

5. Finanzsektor zügeln

- Finanztransaktionssteuer einführen

Der Finanzsektor muss der nachhaltigen Realwirtschaft dienen. Spekulationen mit Lebensmitteln, Währungen, zukunftsgefährdenden Technologien und der Hochfrequenzhandel sind schädlich und müssen eingeschränkt werden. Daher ist es nötig, die Finanzströme zu erfassen, zu verlangsamen und zu reduzieren. Eine Finanztransaktionssteuer würde dies unterstützen und Deutschland laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung zusätzlich [10 bis 25 Milliarden Euro im Jahr](#) einbringen.

Konzerngiganten der Finanzbranche, die als "too big to fail" gelten, haben eine implizite Staatsgarantie. Das verschafft ihnen einen Finanzierungsvorteil gegenüber nachhaltigen (meist kleineren) Banken. Eine Entflechtung von Konzerngiganten ist zwar möglich. Das erfordert jedoch ein konsequentes Vorgehen der Politik.

Unsere Forderung an die Politik: Gehen Sie kompromisslos gegen illegale Machenschaften wie CumEx und europäische Geldwäsche vor. Geben Sie durch eine Finanztransaktionssteuer dem Finanzsektor den Rahmen, in dem das Wohl Aller im Fokus steht (inkl. Durchsetzung der Steuerpflicht, Verhinderung von Ausweichmöglichkeiten in Steueroasen).

Fazit: Finanzwende zahlt sich aus

Der Finanzsektor ist elementarer Bestandteil der notwendigen Wirtschaftswende. Es wäre eine Überforderung der Finanzindustrie, einen Systemwechsel von ihr allein zu verlangen. Transformation muss eingebettet sein in politische Rahmensetzung. Daher kann die Finanzindustrie einen wichtigen Beitrag zur Transformation leisten, wenn sich Politik für eine klare Positionierung entscheidet. Das zahlt sich aus: Zum Beispiel durch die erhöhte Stabilität des Finanzsektors, die eine weitere Weltwirtschaftskrise verhindert. Nicht-Nachhaltigkeit führt früher oder später zu „stranded assets“, weil deren Risiken am Ende mit Wertverlusten bis hin zu Insolvenz bestraft werden.

Nachhaltiges, am Wohl der Gesellschaft und der Umwelt ausgerichtetes Wirtschaften und Geldanlagen vermeidet erkennbare Risiken und ermöglicht die notwendige Transformation.